

Beschränkung auf je 30 Hektar

Bromer Samtgemeinderat bringt Kriterien für Freiflächen-PV auf den Weg

VON HILKE BENTES



Es war keine einvernehmliche Diskussion, was die Erstellung von Kriterien für Freiflächen-PV in der Samtgemeinde Brome anbelangt. Gerade aus den Reihen der CDU gab es Zweifel. Foto: Bentes

Samtgemeinde Brome – Das dürfte in einigen Gemeinden die bereits vorangetriebenen Planungen in Sachen Freiflächen-Photovoltaikanlagen maßgeblich beeinflussen. Der Bromer Samtgemeinderat brachte bei seiner jüngsten Sitzung nicht nur die Änderung des Flächennutzungsplans mit dem Ziel der Ausweisung von Sondergebieten für Freiflächenphotovoltaik auf den Weg, sondern schnürte auch einen Kriterienkatalog, um eine geordnete Entwicklung in den Gemeinden zu gewährleisten. Das Ergebnis fiel nicht einstimmig aus, die Debatte kontrovers. Es ging auch um die Frage, wie sehr die einzelnen Gemeinden in ihren Planungen eingeengt werden dürften. Auch der Zeitdruck gefiel nicht jedem.

Mit den Kriterien (siehe Info-Kasten) gibt es nun klare Zielvorgaben, was Größe und Struktur der zukünftigen Anlagen in der Samtgemeinde angeht.

Nicht größer als 30 Hektar sollen sie sein, und auch die maximale Flächeninanspruchnahme wird auf zwei Prozent des Samtgemeindegebietes festgesetzt. Die Mehrheitsgruppe hatte diesen Antrag eingebracht, und deren Sprecher Peter Albrecht führte die Ideen dahinter noch einmal aus. Es gebe durchaus einen gewissen Zeitdruck, wenn man an die vielen Investoren denke, die die Kommunen schon jetzt „überlaufen“. Deshalb brauche es klare Vorgaben. „Wir müssen darauf achten, dass es geordnet bei uns abläuft“, so Albrecht. Die Errichtung von Freiflächen-PV würde das gewohnte Landschaftsbild maßgeblich beeinflussen. Unstrittig sei mit Blick auf den Klimawandel, dass man auch rund um Brome seinen Beitrag leisten müsse – doch es gehe auch um das „Wie“. Er erklärte, dass die von der Mehrheitsgruppe aufgestellten Bedingungen nicht als abschließend oder unverrückbar angesehen werden sollen. Anfangen müsse man aber schon jetzt, auf andere Institutionen wie den Landkreis könne man nicht mehr warten. Die ersten Schritte müssten jetzt sowieso beinhalten, dass die vorhandenen Flächen von einem Fachbüro unter die Lupe genommen werden. Am Ende solle es keine Verlierer geben, sagte Albrecht.

CDU-Fraktionsvorsitzender Jörg Böse sah in dem Antrag einige Punkte, mit denen er „sympathisiere“. „Es ist grundsätzlich gut, sich jetzt auf den Weg zu machen. Aber man sollte die Kommunen auch nicht zu sehr in ihrer Planung beschneiden.“ Das sah er in einigen Punkten allerdings als gegeben.

Was passiert mit Nachzüglern?

Auch sein Fraktionskollege Joachim Zeidler empfand das Tempo als zu schnell. Außerdem könnte es mit der Festlegung auf insgesamt 400 Hektar passieren, dass man die Tür in den kommenden Jahren zu schnell schließe. Man könne auch nicht wissen, wie künftige Zielvorgaben bei den erneuerbaren Energien aussehen. Nachzügler hätten zudem keine Chance. Er plädierte darauf, das Thema langsam und mit Bedacht anzugehen. „Wenn wir das jetzt alles so durchwinken, dann müssen wir uns auf Gegenwind einstellen.“ Frank-Markus Warnecke (Grüne) erinnerte daran, dass es sich dabei um einen Leitfaden handeln solle. Und natürlich müssten die Kriterien dann auch unter Einbeziehung der Gemeinden erfolgen. Lothar Hilmer (FWG) sah die Festlegung auf die Maximalgröße von 30 Hektar kritisch. Dafür würden sich kaum Investoren finden lassen.

In der Diskussion wurde auch daran erinnert, über welche Dimensionen man schon bei 30 Hektar redet – man bewege sich da bei 40 Fußballfeldern. Man könne nicht über sanften Tourismus reden, sagte Hermann Jordan (PUL), und dann riesige Anlagen ermöglichen.

Am Ende wurde nicht nur mehrheitlich die Änderung des F-Plans beschlossen, sondern auch der Kriterienkatalog. Die Mehrheitsgruppe setzte sich dabei durch.

Zudem sollen die Gemeinden frühzeitig, im Vorfeld der Umsetzung des Änderungsverfahrens, eingebunden werden. Mit ihnen sollen städtebauliche Vereinbarungen zur Sicherung der Planungsvorgaben abgeschlossen werden, so der Beschluss im Rat.